Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

51 (1.3.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 51 — Dienstag, den 1. März 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In einem Aufruf der Deutschen Volkspartei wird zur Wiederwahl Hindenburgs aufgefordert.

•

Der Absicht der Reichsregierung, die Verhandlungen über die Biersteuersenkung in diesen Tagen beschleunigt zum Abschluß zu bringen, stehen die zurzeit im Gange befindlichen Preisbewegungen entgegen.

•

Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft für Getreide stehen für März große Anbietungen bevor. Diese haben sich bereits in einer Ermäßigung der Offerten um 0,50 Reichsmark je Doppelzentner für Roggen ausgewirkt.

•

Bei dem Brand eines Altersheim in Svärdsjö in der schwedischen Provinz Dalekarlien fanden 12 Insassen den Tod.

•

Die finnische Aufstandsbewegung der Lappo-Anhänger in Maentsaele scheint sich zu verschärfen.

•

Japan soll geneigt sein, den chinesisch-japanischen Konflikt in einer nach Schanghai einzuberufenden Rundtischkonferenz zu beseitigen.

•

Neun Mitglieder des Wahlkreisverbandes Berlin der D.V.P. sind aus der Partei ausgeschieden und zur D.N.V.P. übergetreten.

•

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Gördeler, sprach am Montag abend im Rundfunk über den Bier-, Butter- und Brotpreis und die allgemeine Preissenkungsaktion und betonte in Bezug auf den Bierstreit, daß ein Steuerstreik niemals zum Erfolg führen könne, da jede öffentliche Gewalt, die in diesem Punkte nicht unnachgiebig sei, das ganze Staatswesen der Auflösung aussetze.

•

In der Abrüstungsfrage erklärte Tardieu kurz vor seiner Abreise nach Paris Pressevertretern, daß die grundsätzliche Frage der deutschen Gleichberechtigung auf das Konferenzende verschoben würde.

Hoover an Hindenburg

Berlin, 29. Febr. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat auf die Glückwünsche des Herrn Reichspräsidenten zur **Feier von Washingtons 200. Geburtstage** mit nachstehendem Telegramm geantwortet:

Euer Exzellenz gütigen Beweis der Verehrung von Washingtons Andenken zum 200. Geburtstage des Gründers seines Landes habe ich dankbarst erhalten. Gern benutze ich diese Gelegenheit, um Euer Exzellenz und durch Sie der Reichsregierung und dem deutschen Volk namens der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten sowie in meinem eigenen Namen Gegengrüße und gute Wünsche zu senden. (gez.) Herbert Hoover.

Aufstandsbewegung in Finnland

Stockholm, 29. Febr. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß während des Sonntags **rund 2000 Mann aus Tavastland** und dem westlichen Teil Finnlands in Maentsaele eintrafen. Weiterer starker Zuzug wird heute erwartet. Wie verlautet, beabsichtigen die **Lappoanhänger, nach Helsingfors zu marschieren.** An einer Kabinettssitzung nahmen u. a. auch der Armeebefehlshaber Sihvo und der Chef des Generalstabes Oesch teil. Heute nacht wurden **die Straßen nach Maentsaele von Aufständischen besetzt.** Alle Passanten wurden durchsucht. Heute früh wurden alle Eisenbahnzüge von Militär und Polizei an der Station Fredriksberge, außerhalb von Helsingfors, angehalten und untersucht.

Nach einer Meldung des Helsingforser Korrespondenten der Zeitung „Socialdemokraten" soll der frühere Chef des Generalstabes, Wollenius, der Führer der Bewegung sein. Auch in Sämäjoki finden Konzentrationen statt. Der **Lappo-Führer Kosola** sprach gestern in Vasa, begab sich aber unmittelbar nach der Versammlung nach Sämäjoki. Der Befehlshaber des Putschkorps, Malmberge, hat sich Svenska Dagbladet zufolge mit Flugzeug nach Helsingfors begeben. In Tammerfors hatte der Korrespondent des Svenska Dagbladet mit Kosla eine Unterredung, der erklärte, die Lage werde jetzt äußerst kritisch werden. **Das Programm der Lappobewegung sei eine Aenderung des Systems, das in den letzten Jahren in Finnland geherrscht habe.**

•

Drohender Belagerungszustand in Finnland

Helsingfors, 29. Febr. Die Zahl der in Maentsaele versammelten Lappoleute wird von der finnischen Telegraphenagentur auf etwa 3000 geschätzt. Nach Angaben der gleichen Stelle haben bisher keine Kämpfe stattgefunden. Das Militär, das regierungstreu ist, hat **umfangreiche Schutzmaßnahmen** getroffen. Es ist mit der **Verhängung des Belagerungszustandes** zu rechnen.

Wird Friede in China?

Die Lage im Fernen Osten

Durchbruchsversuch der Japaner

Schanghai, 28. Febr. Montag vormittag haben die Japaner **einen Durchbruchsversuch an der Schapei-Front begonnen.** Nach mehrstündiger Artillerievorbereitung setzte sich die japanische Infanterie, unterstützt von Tanks und von dem Schnellfeuer der Artillerie und den Bombenangriffen der Flugzeuge in Bewegung. Trotz der heftigen Kanonade und der ständigen Bombenabwürfe aus der Luft halten die chinesischen Truppen tapfer stand und antworten mit Grabenmörsern und Maschinengewehren. Einige beherzte Leute sprangen auch aus der Deckung hervor, laufen vorwärts und werfen Handgranaten gegen die anrollenden japanischen Tanks. Gegenwärtig tobt die Schlacht in voller Stärke.

•

Der Kampf um Kiangwan

Schanghai, 28. Febr. Am Sonntag wurde die **völlige Räumung Kiangwans seitens der Chinesen vollzogen.** Es sollen dort **1600 Zivilisten getötet worden sein**, während die Ruinen der einstmaligen Stadt zweifellos noch hunderte von Toten bergen. Der Leichengeruch macht es den Chinesen unmöglich in der Stadt zu bleiben. Die dauernden Angriffe der japanischen Artillerie und der japanischen Flugzeuge verhindern eine Beerdigung der Toten. Die chinesischen Truppen haben nunmehr eine Linie von Schützengräben unmittelbar westlich von Kiangwan eingenommen. An dieser neuen Front kam es zu Kämpfen, doch behaupteten die Chinesen ihre neuen Stellungen. Vormittags zerstörten drei japanische Bombenflugzeuge den ganzen Flugplatz.

•

Die Völkerbundskommission für die mandschurische Frage in Tokio

Tokio, 29. Febr. Die Untersuchungskommission des Völkerbundes für die mandschurische Frage ist heute früh hier eingetroffen.

•

Japan für Einberufung einer Konferenz nach Schanghai

Tokio, 29. Febr. In Regierungskreisen gibt man zu verstehen, **daß Japan geneigt sei, im Einverständnis mit den Mächten den chinesisch-japanischen Konflikt in einer nach Schanghai einzuberufenden Konferenz am Runden Tisch zu beseitigen.** Man glaubt, Japan werde einverstanden sein, daß Ruhe und Ordnung in der neutralen 20 Kilometer-Zone durch Truppen der fremden Mächte aufrechterhalten würden, nachdem die Chinesen sich zurückgezogen hätten. Auf japanischer Seite jedoch wird man darauf bestehen, daß der chinesische Rückzug vor der Konferenz beendet ist. Die Konferenz wird sich auf die Erörterung der Wirren in Schanghai beschränken und das mandschurische Problem außer acht lassen. Man erklärt, daß es der Politik der Regierung entspreche, den Sachverständigen möglichste Freiheit zu lassen.

•

Die Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai vor dem Völkerbundsrat

T.U. **Genf**, 29. Febr. Präsident Paul Boncour eröffnete die Sitzung des Rates mit der Erklärung, der englische Außenminister habe ihm mitgeteilt, daß neue Möglichkeiten vorlägen, um zu einer Einstellung der Feindseligkeiten im Fernen Osten zu gelangen. Der englische Außenminister Simon gab im Völkerbundsrat sodann einen inzwischen aus London eingetroffenen telegraphischen Bericht aus Schanghai bekannt, wonach am Montag abend auf dem englischen Flaggschiff in Schanghai eine mehrstündige Unterredung zwischen Oberbefehlshabern der japanischen und chinesischen Truppen stattgefunden habe, an der auch der chinesische Staatsmann Wellington Ku und der englische Admiral Kelley teilgenommen hätten, und in der die Grundlage einer sofortigen gegenseitigen Einstellung der Feindseligkeiten und Kontrolle der evakuierten Gebiete durch Neutrale angenommen sei. Eine endgültige Einigung sei aber noch nicht erreicht worden. Diese Tatsache hätte den sofortigen Zusammentritt des Völkerbundsrates notwendig gemacht.

Paul Boncour legte sodann dem Rat einen Vorschlag vor, der folgende Punkte umfaßt: 1) Sofortige Einberufung einer Konferenz in Schanghai, an der japanische und chinesische Regierungsvertreter, sowie solche interessierter Mächte teilnehmen sollen, um zu einer endgültigen Einstellung der Feindseligkeiten und zur Wiederherstellung des Friedens zu gelangen. 2) Die Grundlage dieser Konferenz bildet: Japan erklärt, keine politischen und territorialen Ziele in Schanghai zu verfolgen, noch ein japanisches Konzessionsgebiet in Schanghai anzustreben, noch die Absicht zu haben, die japanischen Interessen in Schanghai in irgendeiner ausschließlichen Weise zu begünstigen. 3) China nimmt an der Konferenz teil, indem es die Unantastbarkeit des internationalen und des französischen Konzessionsgebietes aufgrund der bestehenden Verträge grundsätzlich anerkannt und die Sicherheit der ausländischen Staatsangehörigen garantiert. 4) Der Zusammentritt der Konferenz hängt von einem vorherigen Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten ab.

Paul Boncour richtete darauf an die Vertreter Japans und Chinas die Forderung, diesem Vorschlag beizutreten. — Der italienische Außenminister Grandi erklärt sich grundsätzlich mit dem französischen Vorschlag einverstanden.

Die Waffenstillstandsbedingungen vor dem Völkerbundsrat

T.U. **Genf**, 29. Febr. Im weiteren Verlauf der Abendsitzung des Völkerbundsrates erklärte der englische Außenminister Simon, die Vorschläge zur Einstellung der Feindseligkeiten seien der Tokioter und Nankinger Regierung übermittelt worden. Es bestehe aber noch keine Gewißheit, daß diese Vorschläge angenommen werden. Simon erklärte ferner, er sei ermächtigt, mitzuteilen, daß die amerikanische Regierung den Vorschlag des Ratspräsidenten unterstütze und zu jeder Mitwirkung bereit sei.

Im Namen der französischen Regierung erklärte Paul Boncour die Bereitschaft der Vertreter Frankreichs, in Schanghai an dem Zustandekommen des Abkommens mitzuwirken.

Der japanische Botschafter Sato teilte sodann mit, daß er noch nicht ermächtigt wäre, Einzelheiten über die Waffenstillstandsverhandlungen mitzuteilen. Er nehme jedoch den Vorschlag des Ratspräsidenten mit einigen Vorbehalten unter der Voraussetzung an, daß seine Regierung, der dieser Vorschlag bereits übermittelt worden sei, ihre Zustimmung erteile.

Der chinesische Gesandte Yen teilte mit, daß der englische Admiral Kelley als Bedingung des Waffenstillstandes eine Zurückziehung der japanisch-chinesischen Truppen und Einschiffung der japanischen Truppen vorgeschlagen habe. Die Zurückziehung der Truppen soll allmählich unter der Kontrolle der Truppen der neutralen Mächte erfolgen. Die Vorschläge des Ratspräsidenten würden von der chinesischen Regierung als annehmbar angesehen.

Der deutsche Reichsvertreter von Weizsäcker gab seiner großen Befriedigung Ausdruck, daß nunmehr die Möglichkeit der Einstellung der Feindseligkeiten in Schanghai in Aussicht gestellt sei. Sämtliche Mächte hätten zweifellos den ernsten Wunsch für einen sofortigen Erfolg der vorgesehenen Maßnahmen.

Paul Boncour schloß die Sitzung mit der Erklärung, daß nunmehr die Hoffnung auf einen Erfolg der Zusammenarbeit aller Mächte zur Beilegung der Feindseligkeiten und Wiederherstellung des Friedens vor dem Zusammentritt der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes gegeben sei.

Grandi verließ während der Sitzung den Saal, um an einer Besprechung mit Tardieu teilzunehmen.

*

Die amerikanische Atlantikflotte in den Stillen Ozean beordert

T.U. **Washington**, 29. Febr. Fast die gesamte amerikanische Atlantikflotte hat plötzlich den Befehl erhalten, sich in den kalifornischen Flottenstützpunkten San Pedro und San Diego zu versammeln, um an den großen Flottenmanövern im Stillen Ozean teilzunehmen.

Diese Maßnahmen kamen selbst den höheren Marineoffizieren und dem Unterstaatssekretär Jahncke völlig unerwartet. Sie lehnten jedoch kategorisch die Unterstellung ab, daß diese Maßnahmen irgendwie mit der kritischen Lage zwischen Japan und China zusammenhängen könnten.

Im Atlantischen Ozean verbleiben jetzt insgesamt nur neun Unterseeboote, acht kleinere Fahrzeuge und das Uebungsschiff „Wyoming". Die drei Schlachtschiffe „Mexico", „Mississippi" und „Idaho" befinden sich zurzeit zur Ausbesserung im Dock.

Die Besprechungen im Genfer Hauptausschuß

Genf, 29. Febr. Nachdem in den bisherigen Sitzungen der Abrüstungskonferenz und des Hauptausschusses sämtliche irgendwie als Formalien zu betrachtenden Fragen einschließlich des Schicksals des Konventionsentwurfes erledigt worden sind, gelten die Besprechungen der jetzigen sitzungsfreien Zeit, die mehrere Tage andauern wird, den entscheidenden sachlichen Fragen. **Tardieu** ist zu diesem Zweck zu einem 12stündigen Aufenthalt hier eingetroffen. Er hatte Unterredungen mit **Benesch**, in dessen Hand die Ausarbeitung eines Entwurfes für die materielle Gestaltung der Konferenzarbeiten liegt, und mit Botschafter **Nadolny**, der im Anschluß daran mit Grandi verhandelte. Es liegt in der Natur der Sache, daß sämtliche Delegationen ein Aufeinanderprallen politischer Gegensätze in der öffentlichen Sitzung zu vermeiden suchen und in den jetzigen Vorbesprechungen einen Ausgleich anzubahnen suchen.

Memellandtagsauflösung unabwendbar

Memel, 29. Febr. Zwischen dem neuernannten Präsidenten **Simmat** und den Führern der Mehrheitsparteien haben Verhandlungen stattgefunden, in denen Simmat einen ausgesprochen großlitauischen Standpunkt einnahm. Man hat die Fraktionen zu einer Sitzung für Dienstag einberufen, glaubt aber daß diese Maßnahme nur einen formellen Akt darstellt. In politischen Kreisen hält man ein **großlitauisches Direktorium für das Memelland** für absolut sicher. Die Verhandlungen Simmats sind lediglich in der Absicht eingeleitet worden, öffentlich zu demonstrieren, daß Großlitauen es nicht daran habe fehlen lassen, sich um ein parlamentarisches Direktorium zu bemühen. Man glaubt, daß unter diesen Umständen mit der **Auflösung des memelländischen Landtages** zu rechnen ist.

Präsidentenwahl in anderen Ländern

Staatsoberhäupter, die auf Lebenszeit und auf sechs Monate gewählt werden — Für verdiente Männer macht auch das Gesetz einmal eine Ausnahme

Von Herbert Hünecke

Das deutsche Verfahren für die Wahl zum Reichspräsidenten ist wohl das einfachste und zweckentsprechendste, das es geben kann: Das ganze Volk gibt seine Stimme ab, und der Sieger im Kampf um die höchste Stellung im Reich darf mit ruhigem Gewissen behaupten, daß er vom Willen der Mehrheit der Staatsbürger getragen wird.

Bei unserem Nachbarn und Stammesbruder Oesterreich bestimmte ursprünglich die Verfassung eine andere Art der Wahl. Der Bundespräsident, der wie im Reich mindestens 35 Jahre alt sein muß, wurde von der Bundesversammlung — dem vereinigten Nationalrat und Bundesrat — in geheimer Wahl auf vier Jahre gewählt. Die Unzulänglichkeit dieses Verfahrens wurde bald erkannt, und das Bundesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1929, das dem Bundespräsidenten wesentlich erweiterte Rechte zusprach, bestimmt, daß auch das österreichische Staatsoberhaupt vom Volke unmittelbar gewählt wird. Die Wiederwahl des Bundespräsidenten ist nur einmal zulässig, während die deutsche Verfassung derartige Einschränkungen nicht kennt.

Die tschechoslowakische Verfassung bestimmt, daß der Staatspräsident von der Nationalversammlung mit Dreifünftelmehrheit auf sieben Jahre gewählt wird. Sofortige Wiederwahl ist wie in Oesterreich nur einmal zulässig. Die entsprechende Bestimmung lautet: „Niemand kann mehr als zweimal nacheinander gewählt werden. Wer durch zwei aufeinander folgende Wahlperioden Präsident war, kann nicht wieder gewählt werden, solange nicht seit Ablauf der letzten Periode sieben Jahre verstrichen sind." Dann wird aber für die Wahl Masaryks, des Schöpfers des tschechoslowakischen Staates, ein Sonderrecht geschaffen: „Die Bestimmung findet auf den ersten Präsidenten der Republik keine Anwendung." So nur war es möglich, daß Masaryk am 27. März 1927 mit 274 gegen 54 Stimmen von der Nationalversammlung zum drittenmal zum Präsidenten gewählt werden konnte. Die Befugnisse des tschechoslowakischen Staatspräsidenten sind ziemlich weitgehend. Vor allem ist er unverantwortlich, kann also wegen keiner Handlung zur Rechenschaft gezogen werden.

Im Gegensatz zu ihm muß sich der polnische Staatspräsident mit der Stellung des obersten Repräsentanten zufrieden geben. Ihm steht keinerlei Mitwirkung bei der Gesetzgebung zu, er darf Verträge nur mit Genehmigung des polnischen Reichstages abschließen. Der wahre Herr Polens, Marschall Pilsudski, hat ja auch oft genug den Staatspräsidenten dessen eigene Bedeutungslosigkeit fühlen lassen. Das Volk selbst besitzt auf die Wahl dieses obersten Vertreters der Republik keinen unmittelbaren Einfluß, denn der Präsident des Freistaates wird von der Nationalversammlung mit absoluter Stimmenmehrheit auf sieben Jahre gewählt.

Das gleiche Verfahren wird bei der Wahl des lettischen Staatspräsidenten angewandt, von dem die Verfassung ein Mindestalter von 40 Jahren fordert. Die Amtsperiode des Präsidenten erstreckt sich nur auf drei Jahre und seine Wiederwahl ist lediglich einmal zulässig.

Für die Wahl seines litauischen Kollegen waren von der Verfassung ursprünglich die gleichen Bestimmungen getroffen worden. Die durch einen Verfassungsbruch am 25. Mai 1928 vom Staatspräsidenten selbst verfügten Aenderungen sehen aber eine siebenjährige Amtsperiode vor. Außerdem erweitern sie die Rechte des Staatspräsidenten in derartigem Maße, daß die Volksvertretung als fast ganz ausgeschaltet gelten kann. Den Geist des damaligen Verfassungsbruches atmet ja auch das rechtswidrige Vorgehen der Litauer gegen die Autonomie des Memellandes.

Estland kennt merkwürdigerweise keinen Staatspräsidenten. Dafür ist der Ministerpräsident — den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt der Präsident der Staatsversammlung — zu gleicher Zeit Staatsältester oder Reichsverweser. Seine Amtsperiode ist demnach auch unbestimmt, und das estnische Staatsoberhaupt kann jederzeit durch eine Mißtrauenskundgebung der Staatsversammlung gestürzt werden.

Die Wahl des finnischen Präsidenten erfolgt auf dem Umweg durch Wahlmänner, ein Verfahren, wie es auch in den Vereinigten Staaten geübt wird. In Finnland wählt das Volk unmittelbar 300 Vertrauensmänner, und diese bestimmen durch einfache Mehrheit den Staatspräsidenten für eine Amtsdauer von sechs Jahren.

Frankreich kennt keinen unmittelbaren Einfluß des Volkes auf die Wahl des Staatspräsidenten. Dieser wird vielmehr von der Nationalversammlung — den zu diesem Zweck in Versailles vereinigten beiden Kammern — durch einfache Stimmenmehrheit auf sieben Jahren gewählt. Seiner sofortigen Wiederwahl steht nichts im Wge. Seine Rechte sind verhältnismäßig beschränkt. Er ist lediglich Vertreter der Republik nach außen und darf Gesetze beantragen. Sein Einspruchsrecht gegen Gesetze, die vom Parlament beschlossen werden, beschränkt sich auf die Forderung einer nochmaligen Beratung. Die Abgeordnetenkammer kann er nur mit Zustimmung des Senats auflösen, und die Vertagung des Parlaments steht ihm nur einmal während einer Sitzungsperiode und dann nur auf einen Monat zu. Aber selbst von diesen beiden bescheidenen Rechten hat kaum ein französischer Staatspräsident jemals Gebrauch gemacht. Alle sahen ihre vornehmste Aufgabe darin, nach außen hin die Republik mit möglichst viel Würde zu vertreten.

Die längste Amtszeit unter allen europäischen republikanischen Staatsoberhäuptern sichert die Verfassung dem Syndikus von Andorra zu, dem Zwergstaate in den Pyrenäen. Dieser hohe Beamte wird von den 24 Mitgliedern des Generalrats auf Lebenszeit gewählt. Wahlberechtigt zum Generalrat sind nur die über 25 Jahre alten Familienoberhäupter.

Das Gegenstück zu dieser längsten Amtsdauer liefert die kleine, von den italienischen Provinzen Forli und Pesaro-Urbino eingeschlossene Republik San Marino. Dort wählt der aus 60 Mitgliedern bestehende und alle vier Jahre erneute bezw. zu einem Drittel ergänzte Große Rat alle sechs Monate zwei neue Regierende Kapitäne, die gemeinsam den Staat vertreten. Beide sind erst nach vier Jahren wieder wählbar. Auf diese Weise kann jeder vierte Parlamentarier in San Marino damit rechnen, daß er einmal Staatsoberhaupt wird. Ein Glück, daß es in Deutschland nicht ebenso ist!

Wievielen Lawinen-Verschütteten wird dieser Apparat Rettung bringen?

Das Lawinenhörrohr, das der Schweizer Arzt Dr. R. Campell konstruierte, um den durch Lawinen Verschütteten Hilfe zu bringen. Mittels des Rohres kann die Lage des Verschütteten festgestellt und frische Luft zugeführt werden.

Die Krise in der Volkspartei

Sitzung des Reichsausschusses

Ueber eine Sitzung des **Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei** verbreitet die Nationalliberale Korrespondenz einen parteiamtlichen Bericht, in dem es heißt:

Der Reichsausschuß trat am Sonntag in Berlin zu einer fast vollzählig besuchten Sitzung zusammen. Den Bericht über die politische Lage gab der Parteiführer **Dingeldey**. Die nächste Aufgabe der deutschen Politik, die die besondere Förderung durch die Deutsche Volkspartei verlange, ist die Durchsetzung der Wiederwahl des Generalfeldmarschalls von **Hindenburg**. Das politische Ziel des veränderten Kurses, das vom nationalen Deutschland verkündet wird, muß erreicht werden durch den Kampf im Parlament, nicht aber durch einen Druck der Parteien auf das Reichsoberhaupt. Die Deutsche Volkspartei ist für ein ehrliches **Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen** und anderen bürgerlichen Parteien, sie wird aber nicht bereit sein, aufzuziehen. Wo hinter dem Rücken der Parteileitung versucht worden ist, die eigene Organisation in ein anderes Lager hineinzuführen, wird sie hart entschlossen sein, alle Maßnahmen dagegen rücksichtslos zu treffen. **Das Ausscheiden der Herren Dr. Curtius und von Kardorff aus der Fraktion** war nach Lage der Dinge **unvermeidlich**. Die Fraktion ist den Herren für ihre Verdienste aufrichtig dankbar. Ihr Ausscheiden hinterläßt keine persönliche Bitterkeit. In der Aussprache gelangte zum Ausdruck, daß sämtliche Wahlkreise entschlossen sind, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten und die Politik der Reichstagsfraktion zu vertreten.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es: „Wer ohne Wissen und Auftrag der Parteileitung über den Zusammenschluß von Organisationen der Deutschen Volkspartei mit anderen Parteien verhandelt oder gar dazu auffordert, stellt sich dadurch außerhalb des Rahmens der Partei."

*

Aufruf der Deutschen Volkspartei zur Wahl Hindenburgs

Berlin, 29. Febr. Reichsausschuß und Parteivorstand der Deutschen Volkspartei erlassen zur Reichspräsidentenwahl einen **Aufruf**, in dem es u. a. heißt:

Wiederum aus höchster vaterländischer Pflicht stellt sich Hindenburg auf den Ruf von Millionen der besten Deutschen aus allen Kreisen für eine neue Wahlperiode zur Verfügung. Für die Deutsche Volkspartei, die ihn schon 1925 mit auf den Schild gehoben, gibt es keine andere Parole als die unbedingte Treue und Gefolgschaft. Kein Besserer, kein Würdigerer kann das höchste Vertrauensamt des Volkes begleiten als der ruhmreiche Heerführer, den heute das einmütige Urteil des Volkes den Vater des Vaterlandes nennt.

Die Deutsche Volkspartei erstrebt als Gegengewicht gegen die demokratische Parlamentswirtschaft eine Stärkung der Macht des Reichspräsidenten. Wer dem Reichspräsidenten Bedingungen für die Führung seines Amtes vorschreiben will, schwächt seine verfassungsmäßige Stellung und zieht ihn in die Niederungen des Parteikampfes hinab.

Die Deutsche Volkspartei setzt ihre ganze Kraft ein, um seine Wiederwahl zu erreichen als ein Symbol der Zusammenfassung der Kräfte für die Sicherung des inneren und äußeren Wiederaufstieges der deutschen Nation.

•

Antwort des Reichspräsidenten an Oberbürgermeister Scharnagl

München, 29. Febr. Der Oberbürgermeister **Scharnagl** hat folgenden Brief vom Herrn Reichspräsidenten erhalten: „Haben Sie vielen Dank für das Schreiben vom 20. Februar 1932. Das Vertrauen, daß Sie mir namens der bayerischen Landeshauptstadt ausgesprochen haben, hat mich besonders erfreut und meinem alten Herzen wohlgetan. Mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen für das Wohlergehen der Stadt München und ihrer Bevölkerung verbleibe ich Ihr ergebener (gez. von Hindenburg".

*

Betriebsanwalt Winter als Reichspräsidentenkandidat

T.U. **Dresden**, 29. Febr. „Betriebsanwalt" Winter, der zurzeit in der Bauzener Strafanstalt eine Gefängnisstrafe verbüßt, wird als Kandidat zur Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Wie in einer überfüllten Wahlversammlung der Anhänger Winters am Montag abend bekanntgegeben wurde, sind für diesen Wahlvorschlag bis jetzt annähernd 30 000 Unterschriften abgegeben worden.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[44

Die Worte hatten merklich scharf geklungen. Hanna von Löwenried wurde es ungemütlich unter dem prüfenden Blick der dunklen Männeraugen. Sie sagte:

„Na ja, ich dachte, weil der Ungar, den ich übrigens gar nicht ausstehen kann, Elme Blumen geschickt hat."

„Er scheint also auf mancher Seite doch Sympathien erweckt zu haben?"

„Kaum! Elme hat nicht eine einzige Blume davon angesteckt."

„Ich danke dir, du aufrichtiges Kerlchen."

„Ich habe Elme sehr lieb. Aber auf sie aufgepaßt hab' ich doch etwas, denn schließlich gehört meine Liebe auch dir ein wenig", sagte Hanna neckend, aber sie wußte, daß sie ihm eine große Freude gemacht hatte.

Dietrich von Rheinsbergh tanzte mit seiner Braut. Als er das schöne, junge Geschöpf in seinen Armen hielt, schwand aller Groll. Elme war nicht gefallsüchtig, nein, das war sie nicht; damit hatte sein Verdacht ihr unrecht getan. Doch anders war sie geworden. Er war in solchen Sachen viel zu feinfühlig, um das nicht zu bemerken. Und seine Tante hatte ihm ja zugegeben, daß der Ungar sich allerdings ziemlich aufdringlich benommen habe. Aber sie hatte auch gesagt:

„Elme ist eine viel zu vornehme Natur, um auch nur eine Sekunde zu straucheln. Verändert aber hat sie sich. Und zwar seit jenem Gewittertage, als sie völlig durchnäßt nach Hause kam."

Der Duft des blonden Haares schmeichelte sich ihm ins Hirn, berauschte ihn, ließ ihn alles vergessen.

„Elme, habe ich dir etwas getan?"

„Nein, alles ist dein gutes Recht."

„Etwas unverständlich ausgedrückt, Kind. Du wirst mir jedenfalls sagen, was dich mir gegenüber so verändern konnte in diesen kurzen Wochen."

Elme preßte die Lippen ganz fest zusammen.

„Ich bestehe darauf, Elme."

„Ich kann es dir nicht sagen."

Der Tanz war zu Ende. In Dietrichs Augen glühte Zorn. Elmes Benehmen verletzte ihn unsagbar. Und aus dieser Stimmung heraus tanzte er auch mit den anderen Damen.

Die Fürstin Saboffky schmiegte sich eng an ihn.

„Welch ein Zufall, Herr von Rheinsbergh! Wissen Sie, daß ich gerade in den letzten Wochen sehr viel an Sie gedacht habe?"

Er sah ihr lange in die leidenschaftlichen, bittenden Augen. Und in seine Augen kam etwas Grausames.

„Ich glaube es Ihnen, daß Sie viel an mich gedacht haben. Ich habe mich in den letzten Tagen auch viel mit Ihnen beschäftigt, Fürstin", sagte er gedämpft.

„Ja?"

„Ja!"

„Und — wie gedenken Sie Ihre Zukunft zu gestalten?" fragte sie hastig.

„Es wird sich kaum etwas ändern."

„Rheinsbergh, wie soll ich das verstehen?"

„Ich hoffe, daß meine Braut — — — Doch das gehört vorläufig nicht hierher. Wir sprechen noch darüber."

Elme sah, wie angeregt Dietrich sich mit der Fürstin unterhielt. Ihre Hand fuhr nach dem Herzen. Wie es dort schmerzte! Wie jeder Blick des geliebten Mannes sie quälte! Mechanisch tanzte sie, mechanisch unterhielt sie sich und wußte nicht, wie schön sie war, wie eigenartig schön.

Dietrich von Rheinsbergh aber wußte es, und er wußte noch mehr: Die Fürstin hatte eine Intrige gesponnen, in deren Netz Elme sich verfangen hatte. Die schöne, kleine, trotzige Elme! Wie er sie liebte! Wie heiß sie küssen konnte, und wie sie nun doppelt begehrenswert war in ihrem stolzen Trotz!

Doch er konnte sie nicht bitten, ihm zu glauben. Wenn jetzt noch Zweifel möglich waren in ihr, dann mußte das Schicksal seinen Lauf nehmen. Und Dietrich von Rheinsbergh unterhielt sich auch dann noch mit der Fürstin, als der Tanz längst zu Ende war.

Unverändert weiß war Elmes Gesicht, und ein Blitz des Triumphs schoß aus den Augen der Fürstin zu ihr hinüber. Rheinsbergh sah diesen Blick, und der grausame Zug in seinen Augen vertiefte sich.

* * *

„Du gestattest, Tante, daß ich ein paar Worte mit Dietrich spreche?"

Elmes Stimme klang ganz fremd, als sie diese Frage an Frau von Löwenried richtete. Die sah etwas erstaunt auf das junge Mädchen.

„Jetzt noch, Kind? Es ist reichlich spät. Hat es denn nicht Zeit bis morgen früh?"

„Nein, Tante!"

„Dann tue es, Elme. Ich werde im Nebenzimmer warten."

Rheinsbergh hatte im Salon der Damen noch eine Tasse Tee getrunken. Elme hatte Frau von Löwenried beiseite gerufen und ihr ihren Wunsch mitgeteilt.

Rheinsbergh erhob sich gerade, um sich zu empfehlen, als Frau von Löwenried sagte:

„Dietrich, Elme möchte noch etwas Wichtiges mit dir besprechen. Ich werde im Nebenzimmer warten. Hanna und Grete, ihr geht schlafen. Ich will froh sein, wenn wir erst wieder daheim sind. Ganz verdorben seid ihr schon, ihr gefallsüchtigen Dinger."

Lachend verwahrten sich die jungen Damen dagegen, verabschiedeten sich dann aber doch gehorsam und gingen.

Geduldig setzte sich Frau von Löwenried im Nebenzimmer ans Fenster und sah in die mondhelle Nacht hinaus. Wie Silber glänzte das Wasser. Und von unten herauf ertönte noch zuweilen ein helles Lachen.

„Du wolltest mich sprechen, Elme? Was ist es, was du mir sagen wolltest?"

Dietrichs Stimme klang kühl. Er stand einige Schritte entfernt von ihr, nachdem auch Elme verschmäht hatte, sich zu setzen.

(Fortsetzung folgt.)